



Auf der Kante: Heute steht mit der Abstimmung über eine Stärkung des Euro-Rettungsschirms eine der wichtigsten Entscheidungen dieser Wahlperiode an.

Foto: dpa

Der Euro wird zum Stresstest für Merkel

Rettungsfonds Eine verfehlte Kanzlermehrheit könnte auch das Regierungsbündnis ins Wanken bringen

Von Tim Braune und André Stahl

Berlin. Eigene, relative, absolute oder Kanzlermehrheit: Als wäre die umstrittene Ausweitung des Euro-Rettungsfonds EFSF nicht schon kompliziert genug, muss sich die Koalition von Union und FDP mit allerlei Rechenspielen herumschlagen. Die sind aber insbesondere für CDU-Kanzlerin Angela Merkel nicht ohne.

Auch das Ausland schaut gespannt auf die Abstimmung an diesem Donnerstag unter der Reichstagskuppel, ob die mächtigste Frau in Europa sich auf ihre schwarzgelbe Truppe noch verlassen kann. Ein klares Ja des Bundestages für die Stärkung des 440-Milliarden-Rettungsschirms gilt zwar als sicher, weil SPD und Grüne trotz scharfer Kritik mitziehen wollen.

Eine verfehlte eigene Kanzlermehrheit aber würde die Stabilität des angeschlagenen Regierungsbündnisses in Berlin weiter infrage stellen und damit das Krisenmanagement der Euro-Zone insgesamt. Das Hickhack um Mehrheiten und Abwechslung verdeckelt, dass mit der erwarteten Billigung der wichtigen EFSF-Pläne die Euro-Retter allenfalls nur eine weitere Hürde nehmen. Schon im Oktober dürfte

das zweite Rettungspaket für Griechenland anstehen. Und die Vorzeichen sind alles andere als günstig, dass Athen mit grünem Licht für die im Juli vereinbarten 109 Milliarden Euro rechnen kann.

Die Signale von Peloponnes sind düster, auch wenn Premier Giorgos Papandreu gerade in Berlin vor der Elite der deutschen Wirtschaft als harter Sanierer auftrat. „Yes we can.“ Die für September geplante Auszahlung der 8-Milliarden-Euro-Kredite aus dem bisherigen Hilfspaket ist zur gefährlichen Hängepartie geworden.

Vom Urteil der „Troika“ – EU-Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und Internationaler Währungsfonds (IWF) – hängt ab, ob Griechenland die sechste, vielleicht letzte Kreditrate aus dem internationalen Rettungspaket erhält. Das dürfte im Oktober noch einmal gutgehen. Zum Jahresende könnte es dann um Ganze gehen: Zahlungsunfähigkeit und ein radikaler Schuldenschnitt, bei dem ausländische Großbanken auf bis zu 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten müssten: Selbst der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos soll darüber gesprochen haben, auch wenn er es später öffentlich dementierte.

Für weitere Unruhe sorgt der Vorstoß, den Start des eigentlich für Mitte 2013 geplanten dauerhaften Rettungsschirms ESM vorzuziehen. Mit ihm soll es nicht nur Instrumente für eine Gläubigerbeteiligung geben. Es können dann auch Staaten wie Griechenland in die Insolvenz geschickt werden. Noch aber steht nicht einmal das ESM-Regelwerk, sodass der Dauerschirm kaum – wie spekuliert wird – schon Anfang 2012 aufgespannt wird.

Pünktlich zur Abstimmung über die EFSF-Reform erhitzt auch die Diskussion um eine nochmalige

Ausweitung des aktuellen Fonds die Gemüter. Der Grund: Die Schuldenkrisen eskaliert, und auch ein gerade erst aufgestockter EFSF wäre mit 440 Milliarden Euro wohl immer noch zu klein, um die Panik an den Märkten wirksam einzudämmen.

Es geht wohl weniger um Italien oder Spanien als mögliche neue Krisenfälle. Fragezeichen stehen vor allem hinter der Kapitalkraft französischer Banken, die besonders stark in Griechenland engagiert sind. Der EFSF, der künftig an Euro-Länder Geld auch zur Stützung ihrer Banken vergeben darf, könnte überfordert sein.

Also soll die EFSF-Schlagkraft nochmals erhöht werden, was im Sinne der USA, aber auch Frankreichs und der EU-Kommission wäre. Und zwar über einen Kredithebel – ohne das Fondskapital aufzustoßen. Im Kern geht es darum, aus einem EFSF-Euro 5 Euro zu machen – durch Einbeziehung anderer Geldgeber und Absicherungen. Allein so ein Hebelbeispiel sorgt an den nervösen Märkten dafür, dass längst über einen gigantischen 2-Billionen-Rettungsfonds spekuliert wird – da werden 440 Milliarden Euro mal fix mit fünf multipliziert. Bei einem Faktor von zehn

wären es schon mehr als 4 Billionen Euro und so weiter.

Nicht nur die SPD wirft Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nun Trickserei vor. Der hatte die Spekulationen selbst angeheizt, weil er von einer möglichst effizienten Nutzung des EFSF und von Hebel-Möglichkeiten sprach. Eine nochmalige Aufstockung nannte er zuletzt eine „dumme Idee“. Denn dann wäre die Kreditwürdigkeit der sechs Euro-Länder mit Top-Bonität bedroht – auch die Deutschlands.



„Yes we can.“ Premier Giorgos Papandreu will sein Land sanieren. Sagt er.

Abgeordnete spüren die Verantwortung

Rettungsschirm Wie die Mitglieder des Bundestags aus unserer Region abstimmen wollen

Von unserer Berliner Korrespondentin Rena Lehmann

Berlin/Rheinland-Pfalz. Noch am Nachmittag traf man in Berlin Abgeordnete, die der Abstimmung über die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms heute mit Bauchschmerzen entgegenblickten. Die Volksvertreter aus unserer Region wollen alle zustimmen. Wir haben sie nach ihren Gründen gefragt.

FDP: „Ich werde für den EFSF stimmen, da dieser unsere Währung stabilisiert und gleichzeitig die Rechte und Einflussmöglichkeiten des Bundestages stärkt“, sagt der FDP-Fraktionschef **Rainer Brüderle** (Mainz). Auch **Elke Hoff** (Neuwied) erklärt, dass es wichtig sei, „ein Zeichen europäischer Solidarität zu setzen. Es war allerdings genauso wichtig, gegenüber Griechenland klare Spielregeln und deren Einhaltung und die zwingende Beteiligung des Parlaments durchzusetzen“. Der FDP-Landesvorsitzende **Volker Wissing** (Landau)

dau) will zustimmen, „weil Deutschland ohne ein stabiles Europa keine Zukunft hat“.

CDU: Agrar-Staatssekretär **Peter Bleser** (Cochem-Zell) sagt: „Wir haben aus der letzten großen Bankenkrise gelernt, und deshalb müssen wir entschlossen eingreifen.“ Die Alternative wäre aus seiner Sicht „eine schwere Wirtschaftskrise mit dem Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen und die Entwertung unserer Währung“. Der Koblenzer Abgeordnete **Michael Fuchs** meint, „dass jeder seiner Verantwortung gerecht werden und dem EFSF zustimmen muss“. Nur wenn man diese Sicherheit habe, könne man weitere Restrukturierungsmaßnahmen, etwa in Griechenland, durchsetzen. **Ute Granold** (Mainz) erklärt, sie habe sich „nach sorgfältiger Prüfung und Abwägung der Alternativen entschieden, dass ich eine Ablehnung gegenüber den Wählern nicht verantworten könnte“. Ausschlaggebend sei die Erkenntnis gewesen, „dass wir erst mit dem erweiterten Rettungsschirm die erforderlichen Instrumente erhalten, um im Fall einer Staatspleite Griechenlands diese Extremsituation für die anderen Euro-Staaten für die anderen Euro-Staaten beherrschbar zu machen und ein Übergreifen zu verhindern“. Auch **Erwin Rüdell**

(Neuwied/Altenkirchen) will zustimmen, „um die Ansteckungsgefahr, die bei wachsender Konkurrenz auf den Weltmärkten von einer Griechenland-Pleite ausgehen könnte, einzudämmen“. **Mechthild Heil** (Bad Neuenahr) sagt, sie stimme zu, „weil es in diesem Gesetz nicht darum geht, Griechenland blind mehr Geld zu geben“. Es gehe darum, Rettungs-

„In meinen Augen sind es Europa und eine stabile Währung wert, mit vollem Einsatz dafür einzutreten.“

FDP-Fraktionschef Rainer Brüderle

maßnahmen auszubauen, „um ein Übergreifen auf andere Staaten und Banken zu verhindern“. Der Westerwälder Abgeordnete **Joachim Hörster** will zustimmen, „weil dies im Interesse der Bürger unseres Landes ist. Trotz der ein oder anderen Fehlentwicklung ist die europäische Einigung für unser Land eine Erfolgsgeschichte“.

SPD: Generalsekretärin **Andrea Nahles** (Bad Neuenahr) will zustimmen. „Alles andere ist unverantwortlich, denn wir brauchen ein stabiles und starkes Europa. Das, was wir jetzt und wahrscheinlich

auch in Zukunft noch an Kredit gewähren müssen, zählt sich auf der Strecke für uns alle aus.“ **Sabine Bätzing-Lichtenthäler** (Neuwied/Altenkirchen) hält die Zustimmung für „unausweichlich“. Die finanziellen Lasten der Krise müssten aber „von denen getragen werden, die vor allem vom Euro profitiert haben“. **Fritz Rudolf Körper** (Bad Kreuznach) will „klar und deutlich“ zustimmen. „Wir brauchen mehr und nicht weniger Europa. Und wir brauchen einen Marshall-Plan für Griechenland.“ **Michael Hartmann** (Mainz) will zustimmen, „weil ich bereit bin, unseren europäischen Partner, der Hilfe braucht, zu unterstützen. Dies allerdings nur unter harten Auflagen: für eine bestimmte Zeit und nicht ohne entsprechende Bedingungen“.

Grüne: **Josef Winkler** (Koblenz) begründet seine Zustimmung damit, dass er die „historischen Erbschaften der europäischen Integration – Frieden, Sicherheit, Solidarität, Demokratie – für einen Glücksfall“ hält. **Tabea Rößner** (Mainz) erklärte: „Wir dürfen uns von den Märkten nicht treiben lassen.“ Deshalb brauche man Zeit, um „nachhaltige, gut durchdachte Lösungen zu erarbeiten“. Auch sie will zustimmen.

EU will Steuer für Spekulanten

Finanzmärkte London wehrt sich gegen Abgabe

Brüssel. Spekulanten an den europäischen Finanzmärkten sollen künftig in der gesamten EU eine neue Steuer zahlen. Die EU-Kommission schlägt vor, von Anfang 2014 an eine Finanztransaktionssteuer zu erheben. Sie soll nach Berechnungen der Behörde 57 Milliarden Euro pro Jahr einbringen.

Dass die Mitgliedstaaten die Steuer tatsächlich beschließen, ist höchst fraglich. Ein Sprecher des britischen Finanzministeriums sagte dem Sender BBC, London werde die Steuer notfalls per Veto verhindern. Die Steuer sei nur denkbar, wenn sie weltweit eingeführt werde. Auch Schweden und die Niederlande haben Bedenken. Für einen Beschluss ist Einstimmigkeit aller 27 EU-Staaten nötig.

„Es ist jetzt an der Zeit, dass der Finanzsektor der Gesellschaft einen Beitrag zurückzahlt“, sagte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Die EU habe seit Beginn der schweren Wirtschaftskrise 4,6 Billionen Euro Hilfen und Garantien für den Finanzsektor zur Verfügung gestellt.

Die Kommission schlägt vor, etwa 85 Prozent aller Geschäfte zwischen Finanzinstituten zu besteuern. Auf den Wert von Aktien und Anleihen sollen mindestens 0,1 Prozent, auf abgeleitete Finanzinstrumente (Derivate) mindestens 0,01 Prozent Steuer erhoben werden. Die Steuer gilt nicht für private Geschäfte von Konsumenten, sondern nur für spekulative Geschäfte. Sie soll auch bei Ausgabe von Anleihen und bei allen Geschäften der Europäischen Zentralbank sowie der nationalen Zentralbanken nicht fällig werden.

Kompakt

Volksabstimmung zu Stuttgart 21 beschlossen

Stuttgart. Die Volksabstimmung zum Milliarden-Bahnprojekt Stuttgart 21 ist beschlossene Sache. Die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg brachte den Volksentscheid in einer Sondersitzung auf den Weg. Zuvor hatte der Landtag in Baden-Württemberg das Gesetz zur Kündigung der Finanzierungsverträge mit der Mehrheit von SPD, CDU und FDP abgelehnt – so wie von der Koalition kalkuliert. Nach dem Scheitern hatte mehr als ein Drittel der Abgeordneten wie vorgesehen die Volksabstimmung beantragt, die für den 27. November geplant ist.

Baupläne: Israel enttäuscht Weißes Haus

Washington. Eine neue Baugenehmigung für 1100 Wohnungen in Ostjerusalem ist von westlichen Verbündeten Israels und den Palästinensern kritisiert worden. Das Weiße Haus ist laut einem Sprecher „tiefst enttäuscht“. Die Wohnungen sollen im Stadtteil Gilo errichtet werden. Israel hatte das Gebiet im Sechstagekrieg 1967 erobert und später annektiert. Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat sprach von einer „Ohnefrage für die internationalen Friedensbemühungen“.

Hat sich Gaddafi in der Wüste versteckt?



Muammar el Gaddafi

Bengasi/Tripolis. Der verschwundene frühere libysche Machthaber Muammar el Gaddafi soll sich angeblich in der Umgebung der westlichen Oasenstadt Gadamah aufhalten. Dies

meldet die libysche Internetseite „Qurayma al Jadida“. Aus Tripolis ließ es aber, Gaddafi verstecke sich unweit von Gadamah in der Wüste, im Grenzrevier zwischen Libyen, Tunesien und Algerien.

Iran droht mit Kriegsflotte

Teheran. Der Iran will eine Kriegsflotte in die Nähe der US-Hoheitsgewässer entsenden. „Da die Amerikaner illegitim in unseren Gewässern (Persischer Golf) sind, wird auch unsere Flotte demnächst eine starke Präsenz in amerikanischen Hoheitsgewässern haben“, sagte der Kommandeur der iranischen Marine. Beobachter sehen darin einen Versuch, den Iranem die Sorge über eventuelle militärische Angriffe gegen iranische Atomanlagen zu nehmen.

Drogen: Rekordfund in Afghanistan

Kabul. Die Internationale Schutztruppe Isaf meldet einen Rekorddrogenfund in Afghanistan: Sicherheitskräfte haben demnach in der Taliban-Hochburg Helmand im Süden des Landes drei Labore ausgehoben und Drogen mit einem geschätzten Straßenwert von mehr als 350 Millionen Dollar (rund 260 Millionen Euro) sichergestellt. Bei dem Fund handele es sich um den größten, den afghanische und ausländische Truppen jemals gemeinsam verbuchen konnten.

Benedikt XVI. sagt „Danke Deutschland“



Papst Benedikt XVI.

Rom. Nach seinem Staatsbesuch hat Papst Benedikt XVI. Deutschland noch einmal gedankt. „Der Glaube hat in meiner Heimat ein junges Gesicht, ist Leben, hat Zukunft“, sagte Benedikt bei seiner allwöchentlichen Generalaudienz vor mehr als 10.000 Gläubigen auf dem Petersplatz in Rom. „Auch deswegen möchte ich allen danken, die meine dritte Deutschlandreise ermöglicht haben – vom Bundespräsidenten über die Institutionen und Bischöfe bis hin zu den Gläubigen“, erklärte Benedikt XVI. „Intensive und wunderbare Tage“ habe er verbracht und einen „herzlichen Empfang“ genossen.